

# Probleme und Methoden der quantitativen Analyse von kollektiven Biographien: das Beispiel der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten (1898-1912)

Schröder, Wilhelm Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

## Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schröder, W. H. (1977). Probleme und Methoden der quantitativen Analyse von kollektiven Biographien: das Beispiel der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten (1898-1912). In H. Best, & R. Mann (Hrsg.), *Quantitative Methoden in der historisch-sozialwissenschaftlichen Forschung* (S. 88-125). Stuttgart: Klett-Cotta. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-325427>

## Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

## Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Probleme und Methoden der quantitativen Analyse von kollektiven Biographien. Das Beispiel der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten (1898-1912) <sup>1</sup>

Wilhelm H. Schröder

Robert Michels glaubte in seiner Schrift "Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie", die 1911 in der ersten Auflage erschien, das "eherne Gesetz der Oligarchie" entdeckt zu haben, das offensichtlich innerhalb der Organisationen aller modernen Parteien unabdingbar walten müsse. Zum bevorzugten Anschauungsobjekt, das die Gültigkeit seines Gesetzes in Deutlichkeit demonstrierte, wählte Michels die sozialistische Arbeiterbewegung, insbesondere die deutsche sozialdemokratische Partei, aus<sup>2</sup>.

Bleibt auch die historische Leistung Michels für die Politische Soziologie unbestritten, so weist u.a. Werner Conze auf die teilweise eklatanten Schwächen Michels' in seiner "historisch-soziologischen Strukturanalyse" hin<sup>3</sup>. Michels empirische Belege geraten meist zum bloß illustrierenden Dekor und entbehren der notwendigen Aussagekraft. Fehlt es bis heute auch nicht an Versuchen, dieses "Gesetz der Oligarchie" in seinen theoretischen Ansätzen zu widerlegen, so hat man sich bisher nur in Ausnahmefällen der Mühe unterzogen, die Struktur der sozialdemokratischen Partei vor dem Ersten Weltkrieg in einer umfassenderen Untersuchung zu analysieren und auf diese Weise die Michelschen Hypothesen zu überprüfen und offensichtliche Fehleinschätzungen zu korrigieren<sup>4</sup>.

Nur angesichts dieses Forschungsdefizits läßt sich erklären, warum teilweise bis in die neueste Literatur hinein noch immer Michelsche Thesen und Daten in der Literatur über die sozialdemokratische Arbeiterbewegung übernommen werden. Das von mir bearbeitete Gesamtprojekt, in dessen Rahmen vor allem die Sozialstruktur der Funktionärsschicht der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung untersucht wird, stellt einen Beitrag dar, dieses Forschungsdefizit in einem wichtigen Teilbereich zu beseitigen; es umfaßt folgende Teiluntersuchungen:

- Analyse der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten 1898-1912<sup>5</sup>
- Analyse der sozialdemokratischen Parteitage delegierten 1897-1913
- Analyse der Delegierten zu den allgemeinen Gewerkschaftskongressen 1892-1914

- Analyse der Angestelltenschaft der Arbeiterbewegung nach Vorgabe der beiden Handbücher des 'Vereins Arbeiterpresse' (1914 und 1927)
- eine einleitende generelle Untersuchung über das soziale bzw. berufliche Rekrutierungsfeld der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Kaiserreich<sup>6</sup>.

Die im Rahmen des Gesamtprojekts verfolgten theoretischen Ansätze (z.B. Organisationstheorie, Arbeits- und Konflikttheorie) können hier nicht dargestellt werden, aber die Abgrenzung der einzelnen Untersuchungsfelder nach verschiedenen Gruppen innerhalb der Funktionärsschicht läßt zumindest den Positionsansatz der historisch-empirischen Elitenforschung erkennen<sup>7</sup>. Ohne die kontroverse Diskussion über die inhaltliche Füllung des Begriffs "Elite" aufzunehmen, erscheint - in Ermangelung eines entsprechend definierten Wissenschaftsbereich - die Einordnung der meisten Teiluntersuchungen in den Rahmen der empirischen Elitenforschung insoweit gerechtfertigt, als die untersuchten Funktionsgruppen im übertragenen Sinne durchaus als "Funktionseliten" innerhalb der Arbeiterbewegung gelten können. Diesem Stellenwert gemäß werden ebenfalls Fragen nach dem Sozialprofil, nach der Selektion und Zirkulation sowie nach der Machtstruktur der untersuchten Funktionsgruppen gestellt, wobei gerade im Bereich der Arbeiterbewegung die Frage nach den Eliten als "Index der Sozialstruktur"<sup>8</sup> eigentümlich aufgeladen wird und dadurch eine zentrale Bedeutung gewinnt.

Die Nachteile, die die Methode der Positionsanalyse mit sich bringt, sind hinlänglich bekannt: sie entstehen vor allem durch die vereinfachende Annahme, daß formelle und faktische Machtstruktur deckungsgleich sind bzw. daß die formelle Autorität, die einer Position zugeschrieben wird, identisch ist mit der tatsächlichen Machtausübung und Verfügungsgewalt des Positionsinhabers. Während sich die zeitgeschichtliche Elitenforschung immerhin ergänzend und korrigierend der beiden anderen methodischen Ansätze ("decision-making-approach" und "reputational approach") bedienen kann, bleibt der Historiker allein schon aus Quellenmangel meist auf den "positional approach" verwiesen: die Beobachtung von historischen Entscheidungsprozessen bzw. faktischen Machtstrukturen läßt sich nur mühsam, die Befragung der beteiligten Personen nur in Ausnahmefällen realisieren. In diesem Sinne ließen sich beispielsweise die engeren Selektionsprozesse, die schließlich zur Nominierung der Reichstagskandidaten führten, nur bei spektakulären, der Öffentlichkeit transparent gewordenen Konfliktfällen re-

konstruieren, ansonsten bewegen sich die Aussagen über den Ablauf des eigentlichen Nominierungsprozesses auf idealtypischer Ebene oder sind als mittelbare Resultate der Analyse nur hypothetischer Natur. Überhaupt ist die Anwendung der Entscheidungs- und Reputationsmethode meist sehr arbeitsintensiv und verlangt von daher schon eine stärkere Eingrenzung des empirischen Untersuchungsfeldes.

Der folgende Beitrag versucht zwei Zielsetzungen miteinander zu verbinden: am Beispiel der spezifischen Erfahrungen und konkreten Teilergebnisse der Analyse der Reichstagskandidatengruppe sollen solche Probleme erörtert werden, wie sie allgemein bei der Erhebung und bei der quantitativen Analyse von massenhaft vorliegenden Biographien aufgeworfen werden.

#### Relevanz der Reichstagskandidaten

Die forschungsstrategische Entscheidung für die Position "Reichstagskandidat" als Auswahlkriterium einer besonderen Funktionärsgruppe innerhalb der sozialdemokratischen Partei liegt in dem außerordentlichen Stellenwert der Reichstagswahlen in der Diskussion und politischen Praxis der Partei begründet. Die herausragende Bedeutung der Reichstagskandidaten resultiert aus der Überschätzung des allgemeinen Wahlrechts durch die sozialdemokratische Partei, so daß die Reichstagswahlen als "wichtigstes Ereignis"<sup>9</sup> in den Mittelpunkt des Parteiinteresses rückten. Sie entwickelten sich zum eigentlichen Gradmesser jenes gesellschaftlichen Umwandlungsprozesses, wie er durch die Tätigkeit der Partei in der zurückliegenden Wahlperiode bewirkt worden sei. Das Ziel - in jedem der 397 Wahlkreise einen eigenen Reichstagskandidaten aufzustellen - wurde bei den Wahlen im Jahre 1907 zum ersten Mal erreicht und hob sich deutlich von der Taktik der anderen Parteien ab, die in der Regel auf die Nominierung von bloßen Zählkandidaten verzichteten. In die zu analysierende Grundgesamtheit wurden entsprechend die insgesamt 673 sozialdemokratischen Reichstagskandidaten aufgenommen, die im Rahmen des gültigen Mehrheitswahlrechts einmal oder mehreremal bei den Hauptwahlen von 1898, 1903, 1907 und 1912 in den Reichstagswahlkreisen von der Partei nominiert worden waren. Der genannten doppelten Zielsetzung gemäß muß an dieser Stelle auch darauf verzichtet werden, die eigentümlichen Begründungszu-

sammenhänge dafür näher darzustellen, inwieweit die Reichstagskandidaten - unter konkret angebbaren Bedingungen - durchaus als Sample für umfassendere Einheiten der sozialdemokratischen Funktionärsschicht und selbst für die Mitgliederbasis gelten können. Vereinfachend soll hier die Untersuchung über die Reichstagskandidaten exemplarisch und als Pilot-Studie zum Gesamtprojekt betrachtet werden; in diesem Sinne werden auch die generalisierenden Ergebnisse der Berufsanalyse und insbesondere der sogenannten "Bürokratisierung" der Arbeiterbewegung einzuschätzen sein.

#### Datenerhebung und Datenaufbereitung

Die Erhebung von biographischen Daten größerer Personengruppen ist - wenn diese Daten nicht in der erwünschten oder notwendigen Form schon vorliegen - äußerst mühsam und langwierig<sup>10</sup>. In der Regel müssen in jahrelanger Kleinarbeit biographische Einzeldaten zusammengetragen und schließlich individualbiographisch zugeordnet werden. Der Erhebungsprozeß in meiner Untersuchung reichte von der Notwendigkeit, die Kandidaten überhaupt namentlich festzustellen und sie eindeutig zu identifizieren, über die Herstellung zahlreicher Fund- und Zwischenkarteien bis hin zur Montage der individuellen Biographien. Die Ein- und Zuordnung der zahllosen biographischen Einzeldaten und Versatzstücke konnte wenigstens teilweise durch die Verwendung von maschinellen Sortierprogrammen und von computergestützten Retrieval-Systemen wohl nicht beschleunigt, aber erleichtert und effizienter gestaltet werden.

Die von mir erhobenen 84 Grundvariablen sind in drei Gruppen gegliedert: die erste umfaßt die Angaben zur Person (wie Geburtsjahr, Geburtsort, Beruf des Vaters, erlernter Beruf usw. bis hin zum Todesjahr und zur Todesursache); die zweite Gruppe umfaßt die Karrieredaten (wie ausgeübte Berufe und vor allem die Positionsinhaber und Positionssequenz von neben- und hauptamtlichen Funktionärstätigkeiten); die dritte Gruppe schließlich umfaßt die Wahlkreisdaten (wie Wahlergebnisse, Organisationsindices für Partei und Gewerkschaft, Wahlkreisbindungen der Kandidaten usw.).

Eine umfassende statistische Auswertung der zahlreichen Biographien wäre ohne den Einsatz der EDV kaum denkbar, ein manuelles Auswertungsverfahren hätte bestenfalls einfache statistische Operationen mit einer eng begrenzten Auswahl von Variablen erlaubt. Die Her-

stellung aber eines maschinenlesbaren Datensatzes nach Maßgabe des benutzten Datenanalysepakets SPSS verlangte aber bisher die Umsetzung biographischer Daten in operationale Kategorien und Maße mit standardisiertem Format bzw. in die Form einer rechteckigen Datenmatrix<sup>11</sup>. Von den grundsätzlichen Problemen und Risiken der Datenaufbereitung seien hier nur zwei kurz erwähnt:

1. Die Notwendigkeit, die Fragen an das Datenmaterial schon vor der Aufbereitung zu präzisieren und möglichst vollkommen präsent zu haben, ist methodisch unabdingbar. Der Forscher begibt sich durch den Zwang zur analytischen Vorgabe jedoch der Möglichkeit, nach Abschluß der Erhebung und Datenaufbereitung solche Fragen miteinzubeziehen und zu überprüfen, die erst während der Bearbeitung entstanden sind und zu deren Beantwortung keine Variablen vorgesehen und erhoben waren. Um dieses Risiko zu minimieren, sei jedem quantitativ arbeitenden Historiker eine gründliche Pilot-Studie empfohlen. Denn für eine zweite ergänzende Datenerhebung besteht in der Regel kaum eine Chance, wobei die maschinenlesbare Aufbereitung der neuerhobenen Daten und ihre Verknüpfung mit dem alten Datensatz an sich keine Schwierigkeiten bereiten.
2. Schon in dieser einleitenden Phase der Forschungstätigkeit gelingt es in der Regel nicht, alle in den Daten enthaltenen Informationen für die Untersuchung zu übertragen. Zwang zur Formulierung individueller Lebensläufe mit verschiedenem Inhalt und verschiedener Länge, fehlende und unzuverlässige Quellen, hohes Vorgaberisiko bei der Hypothesenbildung, wenig valide, aussagereduzierte und nur mittelbare Indikatoren- und Variablenbildung und schließlich alle möglichen Übertragungsfehler bei der Erhebung, bei der Datenaufbereitung und bei der Ablochung umschreiben die wichtigsten Ursachen für den mit dem Forschungsprozeß wachsenden Informationsverlust.

### Operationalisierung

Biographische Daten bedürfen einer sorgfältigen quellenkritischen Aufbereitung. Soweit amtliche Unterlagen vorliegen - wie Familien- und Personenstandsregister - scheinen die Daten in Bezug auf ihre Verlässlichkeit noch relativ gesichert. Aber schon andere amtliche Unterlagen - wie z.B. Prozeßakten, Steckbriefe, Personalakten -

verarbeiten dagegen meist ein erhebliches Maß an Fehlinformation. Besonders problematisch erscheint die Auswertung von Nachrufen, wie sie im Untersuchungszeitraum in den sozialdemokratischen Tageszeitungen üblich waren. Solche Nachrufe, die vor allem für die weniger bekannten Kandidaten eine biographische Hauptquelle darstellen, sind allerdings meist dürftig im Hinblick auf präzise verwertbare Daten, da sie vorrangig das Allgemeine, das Paradigmatische herausstellen und der individuelle Lebenslauf dagegen mehr zurücktritt. Eine ähnliche Intention läßt sich auch in zahlreichen autobiographischen Beiträgen von klassenbewußten Arbeitern dieser Periode feststellen<sup>12</sup>.

Betont funktionalen Charakter tragen vor allem die von den betreffenden Funktionären selbst gemachten Angaben - z.B. in parlamentarischen oder parteiinternen Handbüchern, in Lebensläufen oder in Adressbüchern. Je nach Art der Publikation werden bewußt bestimmte Lebensdaten ganz oder teilweise weggelassen, modifiziert oder entstellt. Eines der anschaulichsten Beispiele hierfür bietet die Handhabung der Berufsangaben: unklar bleibt oft der Zeitpunkt, an dem der Betreffende den angegebenen Beruf ausgeübt hat, und besonders die Art der eingenommenen beruflichen Rangposition, z.B. "Arbeiter", "Proletarier", "Hausbesitzer", etc.; die Angabe "Schuhmacher" kann z.B. bedeuten: unselbständiger Fabrikarbeiter oder Handwerksgeselle oder Werkmeister in einer Schuhfabrik oder selbständiger Schuhmachermeister oder Schuhwarenhändler.

Der funktionale Charakter der biographischen Angaben vermindert Aussagekraft und quantitative Basis der davon betroffenen Merkmale, allerdings lassen sich Widersprüche und Lücken innerhalb der Daten häufig durch Vergleich mit bzw. Ergänzung durch Daten anderer Quellenbestände beseitigen. Diese operationale Unschärfe beeinträchtigt neben der engeren Berufsanalyse vor allem die Ergebnisse der Studien zur inter- und intragenerativen Mobilität. Vermag schon die vereinfachende Bestimmung des Vaterberufs als Indikator sozialer Herkunft nicht immer voll zu überzeugen, so schränkt endlich sowohl die Ungenauigkeit als auch das Fehlen von überlieferten Informationen den Forscher auf nur mehr tendenzielle Aussagen über Herkunft und intragenerative Mobilität ein. Erst die ergänzende Einbeziehung weiterer Merkmale wie Schulbildung und erlernter Beruf vermögen die Aussagen über die soziale Herkunft zu präzisieren.

Führt man sich als bekanntes Beispiel den Lebenslauf von Wenzel Holek<sup>13</sup> vor Augen, der im Laufe seines Lebens zahllos Arbeitsstelle und auch Berufstätigkeit wechselte oder sogar mehrere Tätigkeiten gleichzeitig ausübte, dann wird einsichtig, daß dieser andauernde berufliche Wechsel im Rahmen einer Untersuchung über massenhaft vorliegende Biographien kaum funktional in ein festes Format, das alle Varianten wiedergibt, umgesetzt und daß eine Mehrfachbeschäftigung nur durch die Hauptbeschäftigung verkürzt repräsentiert werden kann. Ungeachtet der definitorischen Schwierigkeit, was man unter "Arbeit" und unter "Beruf" zu verstehen hat<sup>14</sup>, liegt für die Untersuchung zur generativen Mobilität eine Reduktion auf markante Berufspositionen innerhalb der Berufskarriere nahe. Im Falle der Reichstagskandidaten bedeutete dies vor allem die Bestimmung des "erlernten" Berufs<sup>15</sup>, des (zur Zeit der Kandidatur) "ausgeübten" Berufs und schließlich bei den Angestellten der Arbeiterbewegung die letzte nachweisbare Berufsposition vor der ersten Einstellung als Arbeiterbeamter.

Um einerseits den Informationsgehalt der gewonnenen Detailergebnisse zu verdichten und um andererseits sich von der bloßen deskriptiven Wiedergabe zu lösen und die Vergleichbarkeit zu anderen Grundgesamtheiten herzustellen, müssen die vorhandenen Berufspositionen in der Berufsstatistik in einem zweiten Schritt zusammengefaßt und klassifiziert werden. Für einen Vergleich mit den Reichstagskandidaten bieten sich vor allem die Mitgliederstruktur der Freien Gewerkschaftsbewegung und die amtlichen Berufs- und Gewerbestatistiken an. Ohne ausführlich auf die Probleme der Mehrebenenanalyse<sup>16</sup> eingehen zu können, wird ein Vergleich bei der Reichstagskandidatenanalyse allein durch folgende Einwände in Frage gestellt:

1. Selbst wenn der "erlernte" oder "ausgeübte" Beruf eindeutig bestimmt werden kann, so ist die generelle Zuordnung dieses Berufs zu der diesen Beruf organisierenden Gewerkschaft dagegen nicht eindeutig vollziehbar: trotz Absprachen untereinander über entsprechende Abgrenzungen überschritten sich oft die definierten beruflichen Rekrutierungsfelder der Einzelgewerkschaften (z.B. die Felder einer intrasektoralen Industriegewerkschaft und einer multi-sektoralen Berufs- oder Branchengewerkschaft).
2. Auch ohne Berufswechsel, allein durch den Wechsel der Arbeits-



stelle konnte nacheinander in den verschiedensten Industriesektoren und damit innerhalb verschiedener gewerkschaftlicher Rekrutierungsfelder gearbeitet werden: besonders drastisch bei ungelernten Arbeitern, die in vielen Industriesektoren tätig sein konnten und entsprechend auch von den verschiedenen Einzelgewerkschaften organisiert wurden, aber ebenso gültig für einen gelernten Tischler, der "eigentlich" dem Holzarbeiterverband zugeordnet werden müßte, aber tatsächlich - die entsprechenden Mitgliederstatistiken verdeutlichen dies - innerhalb der Metallindustrie beschäftigt und demgemäß im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert war.

3. Ohne konkrete Informationen über die tatsächliche Organisationszugehörigkeit lassen sich die vielen Berufswechsler überhaupt nicht eindeutig zuordnen, so daß diese Fälle hypothetisch der Gewerkschaft zugeordnet werden, der sie wahrscheinlich aufgrund ihres "erlernten" Berufs angehören. Dies gilt um so mehr für die zahlreichen Selbständigen und für die Angestellten der Arbeiterbewegung, die in der Regel die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft ihres ehemaligen Arbeiterberufs beibehielten. Gewerkschaften mit multi-sektoralen Rekrutierungsfeldern, wie z.B. der Fabrikarbeiterverband, werden durch dieses Zuordnungsverfahren überwiegend zu gering statistisch repräsentiert, da nur dann, wenn aus der Biographie des Kandidaten die Mitgliedschaft in einer solchen Gewerkschaft hervorgeht, eine entsprechende Zuordnung erfolgt, ansonsten aber der ungelernte Textilarbeiter z.B. dem Textil- und nicht dem Fabrikarbeiterverband zugeordnet wird. Diesem Zuordnungsproblem wurde insoweit Rechnung getragen, als für jeden Kandidaten die wahrscheinliche Mitgliedschaft in der Gewerkschaft seines "erlernten" Berufs und - falls entsprechende biographische Informationen existieren - die Mitgliedschaft in einer (eventuell anderen) Gewerkschaft zur Zeit seiner Kandidatur als Merkmale erhoben wurden.

4. Die Schwierigkeiten eines Vergleichs der Mitgliederstatistiken der Gewerkschaften mit der amtlichen Berufs- und Gewerbestatistik im Hinblick auf den Organisationsgrad gewerkschaftlicher Rekrutierungsfelder ist noch jüngst erörtert worden<sup>17</sup>. Ähnliche Bedenken gelten auch für die Verwendung von Berufsangaben als vereinfachte Schicht- und Klassenkriterien. Die Notwendigkeit, vergleichbare Statistiken zu erarbeiten, führt in der Regel zur Festlegung eines statischen Schicht- oder Klassenmodells und zur Vernachlässigung

sigung der historischen Dimension, die zur adäquaten Abbildung historischen Wandels eigentlich ein dynamisches Modell erfordert. Einschließlich der Vorgaben durch den Vaterberuf und den frühen Geburtsdaten der ältesten Reichstagskandidaten umfaßt der Untersuchungszeitraum der Kandidatenanalyse mehr als ein Jahrhundert. Im Laufe dieses Jahrhunderts aber haben sich soziale und ökonomische Funktionen, Statuszuweisungen etc. der traditionellen Berufe verändert oder aufgelöst, während zahlreiche neue Berufe entstanden sind, die die herkömmliche gesellschaftliche Schichtung umstrukturierten. Am deutlichsten dokumentiert sich dieser Wandel in der traditionellen Scheidung der Berufe entlang der Linie der gewerberechtlichen Selbständigkeit, die spätestens mit dem sozioökonomischen Wandel des Handwerks und des Handels und mit der allgemeinen Einführung der Gewerbefreiheit zunehmend ihre Bedeutung als relativ eindeutiges Statuskriterium verlor und nunmehr als Ideologie fortlebte. Allerdings erhielt im Falle der Arbeiterbewegung das Recht, sich zu etablieren, in der Frühzeit der Bewegung eine eigentümliche soziale und politische Aufladung, da es den aus politischen Gründen entlassenen oder boykottierten Partei- und Gewerkschaftsfunktionären die wenn auch bescheidene Chance einräumte, unabhängig von einem Unternehmer die Aktivitäten für die Arbeiterbewegung fortzusetzen. Für die crux der Mehrebenenanalyse gibt es allerdings kein Patentrezept, der Forscher bleibt darauf verwiesen, die festzulegenden Schichtkriterien auch der eigenen Untersuchung auszurichten auf die vorgegebene Einteilung zu vergleichender historischer Statistikwerke. Die Notwendigkeit, vergleichen zu müssen, hat auch dazu geführt, daß die amtliche Reichsstatistik nur zögernd und selten grundsätzlich von den seit 1875 resp. 1882 praktizierten Erhebungsprinzipien abwich, dabei aber ständig mehr ihre Fähigkeit verlor, mit dem historischen Wandel angepaßten, dynamischen Kategorien die zu beobachtenden Phänomene valide zu messen.

Während sich dennoch die Angaben zum Personenstand, zur beruflichen und politischen Karriere usw. ausreichend übertragen ließen, entzogen sich vor allem Angaben zum "ideologischen Standpunkt" sowohl einer exakten und umfassenden Datenerhebung als auch einer adäquaten Operationalisierung. Das Problem allerdings, wie man die politische Einstellung von historischen Personengruppen einschätzen, wie man die Entwicklung dieser Einstellung über die Zeit verfolgen und wie man schließlich darüber gesicherte Aussagen treffen kann,

stellt selbstverständlich kein genuines Problem des mit quantifizierenden Methoden arbeitenden Historikers dar, sondern allgemein der Geschichtswissenschaft, soweit sie mit entsprechenden Themenbereichen beschäftigt ist. Immerhin erlaubt die Anwendung der EDV, mittelbare Aussagen über die ideologische Haltung vermittels bestimmter Ersatzindikatoren zu treffen. Sieht man einmal von dem selten befriedigend zu lösenden Problem ab, eine Skala oder differenzierende Kategorien politischer Einstellung und Verhaltens zu entwickeln und festzusetzen, so lassen sich zumindest teilweise aus den vorhandenen Quellen Informationen besonders über die politische Haltung der oberen und mittleren, seltener der unteren Funktionärsschicht erschließen:

- durch die Auswertung der Parteipresse und der Parteiliteratur auf der Basis einer Inhaltsanalyse (Einwände: extremer Arbeitsaufwand; zahlreiche Probleme durch die methodische Anwendung der Inhaltsanalyse; schwierige Rückkopplung zwischen manifester Meinung und persönlicher Haltung des oft anonymen Autors usw.)
- durch die Auswertung namentlicher Abstimmungen und Diskussionsbeiträge auf Parteitagen und ähnlichen Veranstaltungen (Einwände: beschränkt auf Delegierte; die überwiegende Zahl der namentlichen Abstimmungen auf den SPD-Parteitagen wurde auf der Basis von Kompromißvorschlägen wenig kontrovers entschieden; die meisten Delegierten lieferten entweder keinen oder nur einen protokollarisch verkürzten Diskussionsbeitrag; erfaßt nur Momentaufnahmen, besagt nichts über die Haltung vorher oder nachher usw.)
- durch die Feststellung der Parteizugehörigkeit nach 1914 (Einwände: trifft nicht für den Teil der Reichstagskandidaten zu, der schon vor 1914 verstorben war; setzt eine kontinuierliche politische Einstellung voraus und die Bereitschaft, mit dem Wechsel der politischen Einstellung auch die Partei zu wechseln usw.)

Für die Reichstagskandidaten wurde - soweit sie nicht als Parteitagsdelegierte aufgetreten sind - zumindest der letzte Indikator erhoben, die Analyse aber hat kaum weiterführende Ergebnisse erbracht. All diese Auswertungsverfahren zu vollziehen, wäre sicherlich eine Gesamtaufgabe für die Historiker der Arbeiterbewegung und nur als Teiluntersuchung biographischer Analysen viel zu aufwendig. Eine solche Aufgabe könnte längerfristig nur eine Datenbank zur Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung leisten,

die die entsprechenden Forschungsergebnisse dokumentieren und sie als Informationen an die Forschung zurückgeben könnte<sup>18</sup>. Jedenfalls zeigt sich aber, daß gerade mit der Unterstützung durch die EDV - wenn überhaupt - die umfangreichen Quellen im Hinblick auf "ideologische" Variablen erschlossen werden können, um eine konsequente Auswertung des massenhaften, aber lückenhaften Materials zu verwirklichen.

### Vorgehensweise

Eine historische Analyse des personellen bzw. des strukturellen Wandels der Kandidatengruppe läßt sich nicht in einer dynamischen Betrachtungsweise verwirklichen, d.h. es besteht keine Möglichkeit, die historische Entwicklung kontinuierlich im Zeitverlauf zu verfolgen. Eine bestimmte Anzahl (mind. zwei) von chronologisch aufeinanderfolgenden statischen Momentaufnahmen müssen hergestellt und miteinander verglichen werden. Bei einer derartigen Vorgehensweise müssen Ungenauigkeiten in Kauf genommen werden, da kurzfristige Phänomene des Wandels in den nicht beobachteten Zwischenzeiten nicht erfaßt werden können, so daß der Vergleich der Nettobewegungen möglicherweise unzutreffende oder ungenaue Erklärungszusammenhänge über strukturellen Wandel oder auch von Stabilität erbringen kann. Je dichter diese momentanen Analysepunkte auf der Zeitachse aneinandergereiht sind, um so exakter und differenzierter lassen sich solche strukturellen Wandlungsprozesse anhand der Konstruktion operationaler Faktoren nachzeichnen. Neben einer Grundausswertung, der unter Vernachlässigung der zeitlichen Dimension die Gesamtheit aller Fälle zugrundeliegt, erfolgt die Analyse der Reichstagskandidaten unter einer solchen longitudinalen Betrachtungsweise, konkret verwirklicht durch die vergleichende Analyse der vier Reichstagswahlen.

Der Einsatz des Datenanalysepakets SPSS fällt für die methodische Vorgehensweise eine wichtige Vorentscheidung: die Leistungen des Programms sind auf das Verfahren einer Grundausswertung und des Vergleichs von Querschnittsanalysen im obigen Sinne zugeschnitten. Diese Vorentscheidung bedeutet zugleich die Entscheidung gegen eine Aggregierung von in ihrem Kontext belassenen und ausgewerteten Individualbiographien zugunsten der Aggregierung von in Einzeldaten zerstückelten und ausgewerteten Individualbiographien. Er-

klärtes Ziel der Untersuchung ist es, eine "kollektive" Biographie der Reichstagskandidatengruppe zu erarbeiten. Der Untersuchungsgegenstand dieser kollektiven Biographie besteht - entgegen anderen weiteren Definitionsversuchen von kollektiver Biographie - aus der Zahl der erhobenen Individualbiographien. Das erste Verfahren, diese Individualbiographien auszuwerten, das durch das SPSS-Leistungsangebot zumindest nicht explizit abgedeckt wird, besteht darin, jede einzelne Biographie gesondert auf erkennbare individuelle Zusammenhänge und Abläufe zu überprüfen und diese Ergebnisse mit denen der anderen Biographien zu vergleichen resp. zu aggregieren. Die zweite Verfahrensvariante, die durch SPSS favorisiert wird, versucht, die Biographie in Einzeldaten zu zerlegen und sie - gelöst aus dem individuellen Kontext - mit den Einzeldaten der anderen Biographien zu vergleichen resp. zu aggregieren. Den oft von Historikern dem Aggregationsverfahren entgegengebrachten Vorwurf, daß der Mensch nicht als Gruppe oder Träger aggregierter Einzeldaten, sondern als Individuum historisch existent gewesen sei, kann gerade mit der erstgenannten Verfahrensweise begegnet werden. Die Priorisierung der zweiten Varianten durch SPSS, die sicherlich in den spezifischen Bedürfnissen der empirischen Sozialforschung begründet liegt, beeinträchtigt beispielsweise eines der wichtigsten Untersuchungsfelder der empirischen Bürokratie- und Eliteforschung, nämlich die Feststellung von Karrieremustern und Positionssequenzen in der Zeit.

Die gängige Vorgehensweise für Querschnittsanalysen schreibt vor, die Merkmale jeder Analyseeinheit aus der historisch-zeitlichen Perspektive jeder Querschnittsanalyse auf ihre spezifische Ausprägung und auf ihre zeitliche Abfolge hin zu befragen: die Variable "Position Gewerkschaftsbeamter" wäre im Hinblick auf die Biographie des Kandidaten entweder in Form einer Dummy-Variablen (ja/nein) oder in zeitlicher Einordnung (zum Beispiel: "früher", "zur Zeit der Kandidatur", "später") zu beantworten, damit aber ist über die Sequenz von Beamtenpositionen noch nicht viel gesagt. Diese Sequenz in ihrer zeitlichen Abfolge zu analysieren, gelingt mit SPSS nur vermittels aufwendiger Umwege<sup>19</sup>.

Beispiel 1: Die 100 Jahre des Untersuchungszeitraums werden derart auf Lochkarten übertragen, daß jedes Jahr eine Spalte zugewiesen bekommt; die Ausprägungen der Variable "Positionssequenz" (hier: 9 verschiedene Angestelltenpositionen innerhalb der Arbeiterbewegung) werden Jahr für Jahr abgelocht; damit lassen sich Ein-

trittsdatum und -Position, Amtsdauer, sektorale Verflechtungen, Korrelationen mit unveränderlichen biographischen Merkmalen (wie Geburtsjahr, Todesjahr, soziale Herkunft usw.) berechnen.

Beispiel 2: Die verschiedenen Karrierestationen der Variable "Positionssequenz" werden hintereinander mit der jeweiligen Angabe der innegehabten Position und dem Anfangs- und Endjahr abgelocht; mit Hilfe der Compute-Karte lassen sich dann beispielsweise sämtliche Positionsangaben zu einer Positionssequenzvariablen (mit maximal 16 Positionsangaben) zusammenfassen und schon durch einen einfachen Frequencies-Lauf übersichtlich dokumentieren; die im Beispiel 1 genannten Korrelationsmöglichkeiten lassen sich mit diesem Verfahren ebenso realisieren, wobei der Ablochungsaufwand wesentlich geringer ist und die grundsätzliche Möglichkeit gegeben ist, jedes Jahr des Untersuchungszeitraums als Schnitt einer Querschnittsanalyse zu bestimmen.

Beide Lösungsvorschläge zur Untersuchung individueller Datensequenzen erfordern in der Praxis der SPSS-Anwendung einen relativ hohen Arbeitsaufwand. Für die Analyse von massenhaft vorliegenden (nicht nur) historischen Biographien wäre es daher ein dringliches Desiderat, ein statistisches Programmpaket zu schreiben, das die differenzierten Anforderungen einer biographischen Analyse erfüllt, insbesondere:

- nur eine einzige Gesamtaufnahme der Daten auf Lochkarten (und nicht für jede Querschnittsanalyse eine gesonderte Aufnahme)
- freies Format mit unterschiedlichen Falllängen (soweit wie möglich der gängigen Darstellungsform von Biographien angenähert)
- Gliederung in verschiedene Datenfelder mit Variablen, zeitlich dimensionierten Angaben, die beliebige Querschnittsanalysen für alle zeitlich abhängigen Variablen erlauben
- Vergleichsmöglichkeiten von individuellen Sequenzen oder Zusammenhängen.

Für Historiker, die zu den Nicht-Programmierern zählen, war und ist die Anwendung von sozialwissenschaftlichen Datenanalysepaketen - wie SPSS - meist ohne Alternative. Aber es kann keine Dauerlösung sein, daß der quantifizierende Historiker seine Methodik und teilweise seinen Untersuchungsbereich ausrichten muß an den Gegebenheiten der vorhandenen Analysepakete, die nicht primär an den Bedürfnissen der Geschichtswissenschaft orientiert sind. Es ist an den Historikern, diese Lage zu verändern.

## Kurzanalyse 1: Soziale Herkunft und Schulbildung der Reichstagskandidaten<sup>20</sup>

Die Bildungsstruktur der Reichstagskandidaten bestätigt die von der Forschung getroffenen allgemeinen Aussagen über die Chancen von Arbeiterkindern im Wilhelminischen Schulsystem: die Arbeiter unter den Kandidaten wiesen in der Regel nur eine Volksschulbildung auf.

Obleich in beiden Tabellen (vgl. Anhang: Tab. 1 und 2) über die Bildung der Kandidaten die Zahl der bekannten Fälle zwischen 66.1 % und 50.7 % schwankt, läßt sich mit Bestimmtheit behaupten, daß die noch fehlenden Fälle nahezu ausschließlich den Volksschulabsolventen zuzurechnen sind. Die Addition der unbekannten Fälle mit der Zahl der nachgewiesenen Volksschüler ergibt demnach auch erwartungsgemäß in etwa den Anteil, den die gelernten und ungelernten Arbeiter durchgängig an den Kandidaten innehatten: nämlich 85 %. Nur für relativ wenige gelernte Arbeiter ließ sich zusätzlich der Besuch einer Fortbildungsschule nachweisen, was nicht nur in der mangelhaften Durchführung der Fortbildungsschulpflicht begründet liegt, sondern sicherlich sowohl in der unzureichenden Quellenlage als auch daran, daß fast die Hälfte der Kandidaten allein aus Altersgründen noch nicht von der allgemeinen Fortbildungsschulpflicht erfaßt werden konnte. Aber selbst der Nachweis eines Besuches einer Fortbildungsschule erlaubt kaum Rückschlüsse auf eine dadurch möglicherweise qualifizierte berufliche Ausbildung des Schülers: Von den in Frage kommenden Reichstagskandidaten konnte zumeist nur die allgemeine Fortbildungsschule besucht werden, da der jüngste Reichstagskandidat schon 1884 geboren wurde, so daß wohl kaum einer an dem reformierten Fortbildungsschulwesen hätte teilnehmen können.

Sieht man zunächst von der besonderen Bildungssituation der Akademiker und Volksschullehrer unter den Kandidaten einmal ab und setzt einen Schulabschluß nicht voraus, dann reichte das Bildungsspektrum der nichtakademischen Reichstagskandidaten vom erst später und nur mühsam beseitigten Analphabetismus (Heinrich Baerer) über die einfache und höhere Bürgerschule und die Lateinschule bis zum Gymnasium. Um den Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und sozialer Herkunft der Reichstagskandidaten zu untersuchen, wurde nach Möglichkeit der Beruf des Vaters als Kriterium für die sozi-

ale Herkunft erhoben. Einer weitergehenden Auswertung der erhaltenen Ergebnisse stehen zwei Mängel der Erhebungsmethode entgegen:

- Bezogen auf die Grundgesamtheit der Reichstagskandidaten, liegen Hinweise auf den Vaterberuf nur von einem Drittel der Analyseeinheiten vor, mithin eine vergleichsweise geringe Datendichte.
- Die uneinheitliche Handhabung bei der Angabe des Vaterberufs erschwert die Verwertung der Daten: unklar bleibt oft sowohl der Zeitpunkt, an dem der Vater den angegebenen Beruf ausgeübt hatte (bei der Geburt seines Sohnes? zum Zeitpunkt der Angabe? bei Tod des Vaters? der erlernte Beruf des Vaters? etc.) als auch die konkret ausgeübte Tätigkeit. Außerdem gelten für die eigenhändige Angabe des Vaterberufes all jene quellenkritischen Einschränkungen, die die subjektive Manipulierbarkeit bzw. Funktionalisierung von Berufsbezeichnungen betreffen.

Setzt man das bekannte Drittel = 100 %, ergibt sich folgende Struktur der Vaterberufe: Ungelernte (18.8 %), Gelernte (27.5 %), Selbstständige und sonstige altmittelständische Berufe (32.1 %), Bürgerliche Berufe (14.2 %) und Bauern (7.3 %). Mit Sicherheit sind die Anteile sowohl der mittelständischen als auch der bürgerlichen Berufe entschieden zu hoch (vgl. Anhang: Tab. 3).

In unserem Kontext kann die Schulbildung als funktionsfähiger Ersatzindikator für die soziale Herkunft der Reichstagskandidaten dienen. Weiterführende Schulen konnten in der Regel nur besucht werden, wenn die Eltern des Schülers über ein ausreichendes Einkommen verfügten, um den Verdienstausschlag des Kindes während der längeren Schulzeit zu kompensieren und die anfallenden Ausbildungskosten (Schulgeld, Lernmittel, angemessene Kleidung etc.) zu bestreiten. Eine Arbeiterfamilie konnte diese Kosten in der Regel nicht tragen, Schülerstipendien und sonstige Unterstützungsleistungen wurden aber nur in Ausnahmefällen vergeben.

Auch bei den bekannten Fällen unter den Reichstagskandidaten korreliert der Besuch der Bürgerschule bzw. weiterführender Schultypen meist mit einer entsprechenden sozialen Herkunft aus der unteren Mittelschicht und zugleich mit einem städtischen Geburtsort bzw. Wohnort.

Der Kreis der Reichstagskandidaten, denen ein Besuch von weiterführenden Schulen nachgewiesen werden konnte, ist jedoch eng begrenzt: nur insgesamt 39 Kandidaten wurden davon betroffen. Neben



einigen Handlungsgehilfen, die meist kleinstädtischer oder sogar bürgerlicher Provenienz waren und noch eher die Schule auch mit einem förmlichen Abschluß verlassen hatten, setzte sich diese kleine Gruppe fast ausschließlich aus Angehörigen dreier Berufe zusammen: am häufigsten vertreten waren hier die Buchdrucker, die teilweise eine 'gehobene' soziale Herkunft aufwiesen und die auch einen typischen 'Stadtberuf' ausübten, daneben aber auch die Mechaniker und Maschinenbauer und noch die Tischler, die allerdings nur die Bürgerschule besucht hatten. Schenkt man den autobiographischen Quellen Vertrauen, dann erzwangen finanzielle Schwierigkeiten fast in jedem Fall den frühzeitigen Abbruch des Schulbesuchs. Damit bestätigt sich unsere Aussage über die Chancenlosigkeit der Arbeiterkinder und den schichtentypischen Charakter der Schulen.

#### Kurzanalyse 2: Der "erlernte" Beruf der Reichstagskandidaten am Beispiel der Bauarbeiter

Die Bauarbeitergewerkschaft, die durch die Fusion der Verbände der Maurer, der Bauhilfsarbeiter, der Isolierer und Steinholzleger und der Stukkateure und Gipsler 1911/1912 zur zweitgrößten Gewerkschaft aufrückte, vermochte wie kein zweites Berufsfeld ihren Anteil an den Reichstagskandidaten zu steigern. Obwohl der Bauarbeiterverband zahlreiche ungelernte Bauarbeiter umfaßte<sup>21</sup>, waren unter den Kandidaten - mit einer Ausnahme - in der Regel nur Maurer vertreten; die folgenden Zahlen geben damit fast ausschließlich die Repräsentanz eines Einzelberufs wieder (vgl. Anhang: Tab. 4 und 5). Der Anteil der Bauarbeiter (Maurer) stieg bei den Nichtgewählten von 3,8 % (9; 1898) auf 8,6 % (22; 1912), bei den Gewählten von 0 % (1898) auf immerhin 3,6 % (4; 1912).

Der neugegründete Bauarbeiterverband faßte wohl große Teile der Arbeiter der gesamten Bauindustrie zusammen, kann aber nicht als eigentlicher Industrieverband gelten. Erst in den 1920er Jahren wurde durch den Zusammenschluß des Bauarbeiterverbands mit den Verbänden der Töpfer, Glaser, Dachdecker und der Asphalteure eine Industriegewerkschaft geschaffen, obgleich mit den Zimmerern, den Malern und Lackierern und den Steinarbeitern noch drei Einzelverbände fehlten. Die Ergebnisse für eine derartige vervollständigte

Industriegewerkschaft finden sich in Tabelle 4. Die besonderen Probleme der Bauarbeiter und ihrer Organisierung können an dieser Stelle nur angedeutet werden: u.a. hoher Anteil von ungelernten, von ausländischen und von nicht oder partiell gebundenen Arbeitern; starke Kapitalisierung der Betriebe und Tendenz zum Mittel- und Großbetrieb; werkstattlose Arbeit bzw. Arbeit in einer 'ambulanten' Manufaktur; zerstreute Wohnweise, lange Arbeitszeit, langer Arbeitsweg, Akkordarbeit, hohe Unfallgefahr<sup>22</sup>.

Der typische Karriereverlauf eines Bauarbeiterkandidaten stand in einem polaren Gegensatz zu dem des Buchdruckers. Wir können feststellen: die Buchdrucker begannen ihre Karriere als Arbeiterbeamte in der Regel bei der Partei; die Holzarbeiter, stark gewerkschaftlich orientiert, wanderten bevorzugt in die Parteipositionen ab, weil sich ihnen die Möglichkeit dazu bot; die Metallarbeiter schließlich begannen ihre Karriere schon überwiegend in ihrer Gewerkschaft. Für die Bauarbeiter galt jedoch die Regel, daß fast alle Wege zu einer politischen Karriere über die Gewerkschaft führten. Nahezu alle (1912: 96,2 %) waren führend in ihrer Gewerkschaft aktiv oder waren es früher gewesen; drei Viertel von ihnen (1912: 76,9 %) waren aktive Gewerkschaftsbeamte, selbst die drei Parteibeamten unter den Bauarbeitern waren vorher als Gewerkschaftsbeamte beschäftigt gewesen, bevor sie zur Partei überwechselten. Ohne entsprechenden gewerkschaftlichen Rückhalt war der Bauarbeiter bei der personellen Auswahl der Parteiämter bzw. repräsentativer Ehrenstellen nicht wettbewerbsfähig genug: schlechte Ausbildung, nachteilige Auswirkungen der beruflichen Tätigkeit bzw. der vorhandenen Arbeitsbedingungen usw. sind dafür verantwortlich.

Die quantitative Steigerung des Kandidatenanteils trägt daher: Bauarbeiter repräsentieren mehrheitlich Klein- und Kleinstwahlkreise, die Fluktuation der Kandidaten ist hoch. Die Nominierung von Bauarbeitern als Reichstagskandidaten läßt sich meist regional bzw. lokal eingrenzen: in den Wahlkreisen, in denen die Bauarbeiter die mit Abstand größte Gewerkschaftsorganisation bildeten, kandidierte auch die Mehrzahl der Bauarbeiter. Das wohl anschaulichste Beispiel für die Interdependenz von lokaler bzw. regionaler Sonderentwicklung und der Präferenz bei der Kandidatennominierung von bestimmten Berufen lieferte die Provinz Posen. Die Provinzhauptstadt Posen ließ 1902 ihre Befestigungsmauern schleifen, um die Stadt beträchtlich zu erweitern. Der der Schleifung folgende jahre-

lange Bauboom löste eine intensive Zuwanderung von tausenden von Bauarbeitern aus, die das sozialdemokratische Wählerpotential im Wahlkreis Stadt Posen erheblich stärkten. Durch die erfolgreiche Agitation eines einzigen Gaubeamten des Maurerverbands (Wilhelm Schulz, später Mitglied der Deutschen Nationalversammlung) konnten diese Bauarbeiter mehrheitlich freigewerkschaftlich organisiert werden. Damit konstituierte sich in Posen zum ersten Mal eine zahlenmäßig nennenswerte sozialdemokratische Gewerkschaftsorganisation. Da demnach fast alle organisierten Arbeiter Bauarbeiter waren, blieb diese einseitige Verteilung nicht ohne Einfluß auf die Kandidaten-nominierung: seit 1903 wurden bis zur Hälfte aller Kandidaturen der Provinz Posen mit Maurern besetzt.

Wie wenig attraktiv tatsächlich die überlokale Kandidatur eines Bauarbeiters war, läßt sich auch daran ermesen, daß 1912 kein einziger Bauarbeiterkandidat gleichzeitig Mitglied eines Landtages war, während immerhin noch ein Drittel als Mitglied einer Kommunalvertretung fungierte. Neben den vier Reichstagsabgeordneten - darunter zwei Verbandsbeamte - waren 1912 unter den Nichtgewählten noch weitere drei Bauarbeiter (darunter wieder ein Verbandsbeamter) aussichtsreich positioniert. Nimmt man zum Vergleich den Anteil der Maurer, dann waren die Bauarbeiter 1912 angemessen repräsentiert; die Bauarbeitergewerkschaft aber wies 1912 einen Anteil von 13,3 % an den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern auf, blieb damit noch weit unterrepräsentiert, hatte aber die geringe Repräsentanz um die Jahrhundertwende unter den Kandidaten (Gewerkschaftsanteil 1899: 15,2 %) wesentlich verbessert. Die Steigerung verdankten die Bauarbeiter ihrer intensiven gewerkschaftlichen Agitation besonders in Gebieten mit keiner oder nur geringer sozialdemokratischer Organisation.

### Kurzanalyse 3: Die Altersstruktur der Reichstagskandidaten

Die eindeutig stärkste Altersgruppe innerhalb der Gewerkschaften umfaßte die 20-40jährigen, besonders darunter die 25-35jährigen. Nach der abgeleisteten Militärzeit, deren Sozialisationsfunktion in der Wilhelminischen Gesellschaft bekannt ist und deren disziplinierende Wirkung auch die Bereitschaft zur notwendigen organisatorischen Disziplin förderte, wurden schnell die Illusionen von

Aufstieg und Unabhängigkeit zerstört. Die Notwendigkeit, für den Lebensunterhalt der eigenen meist früh gegründeten Familie zu sorgen, entzieht dem Arbeiter auch die geringe Chance, Ersparnisse für eine spätere Etablierung zurückzulegen. Die Einsicht in die 'Lebenslänglichkeit' des Lohnarbeiterstatus begünstigt das Entstehen von Kollektivbewußtsein und bereitet den Boden für eine gewerkschaftliche Organisation. Die Arbeiter dieser Altersgruppe bringen günstige Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung gewerkschaftlicher Arbeitskämpfe mit: der Grad der regionalen Mobilität sinkt, sie weisen noch eine aufsteigende Leistungskurve auf und werden somit meist überdurchschnittlich entlohnt und behaupten insgesamt eine verhältnismäßig starke Arbeitsmarktposition. Diese Altersgruppe war sowohl in den Gewerkschaften (hier mit dem Schwerpunkt auf Arbeiter über 30 Jahre) weit überrepräsentiert.

Die leider nur sporadisch erhobene Altersschichtung der Parteioorganisationen zeigt deutlich diese starke Überrepräsentation des Agitationsalters in der Partei und in den Gewerkschaften: SPD Essen (79.1 %), Deutscher Metallarbeiterverband Berlin (74.9 % bzw. 65.3 %), SPD Groß-Berlin (72.4 %), SPD Köln (69.3 %), SPD Bremen (66.2 %) und SPD Hamburg (62.6 %) (vgl. Anhang: Schaubild 1). Die relativ geringe Repräsentation der älteren Jahrgänge erscheint erstaunlich: der Eintritt in die Partei zog aufgrund zu erwartender restriktiver sozialer Sanktionen meist Endgültigkeit und Lebenslänglichkeit der Mitgliedschaft nach sich, nach mehreren Jahrzehnten der Parteiaktivität wäre eine höhere Zahl von älteren Parteimitgliedern zu erwarten gewesen. Das Alter zwischen dem 25. und 35. Lebensjahr kann als diejenige Periode beschrieben werden, in der die Agitation der Arbeiterbewegung sich am wirksamsten entfaltete. Die Altersschichtung der Reichstagskandidaten entsprach der von Gewerkschaften und Parteivereinen nicht, sondern wies eine zunehmende Veralterung der Kandidaten auf. Für diese Entwicklung lassen sich hauptsächlich drei Gründe anführen:

1. Das passive Wahlrecht schrieb ein Mindestalter von 25 Jahren für die Reichstagskandidatur vor, jüngere Altersgruppen konnten demnach überhaupt nicht repräsentiert sein. Das Durchschnittsalter der Kandidaten mußte erwartungsgemäß höher liegen als das der Parteimitgliedschaft.
2. Die Nominierung der Reichstagskandidaten erfolgte aus dem Kreis

der 'bewährten' Parteigenossen, die auf eine langjährige Parteipraxis verweisen konnten. Unter Berücksichtigung dieser 'Vorschaltzeit' mußte das 'Erstnominierungsalter' meist über 30 Jahre liegen.

3. Die hohe Stabilität der Kandidatenbesetzung einerseits und das steigende durchschnittliche 'Erstnominierungsalter' andererseits trugen wesentlich zur Veralterung der Kandidaten bei.

Entgegen der oben dargestellten Entwertung der Arbeitskraft des Arbeiters nach dem 40. Lebensjahr verschob sich gerade das Durchschnittsalter der Kandidaten über diese Altersgrenze hinaus. Die Altersschichtung der Reichstagskandidaten widersprach zunehmend mehr der Altersgliederung in der Parteibasis und ganz entschieden der der Gewerkschaften; die Kandidaten repräsentierten altersmäßig keineswegs die Partei, besonders die jüngeren Jahrgänge waren kaum vertreten. Die Verfestigung der Organisation und die Stabilität des Führungspersonals wurde durch die Altersschichtung transparent, die Überalterung des Führungspersonals und der daraus resultierende innerparteiliche Intergenerationskonflikt bereiteten sich hier vor.

#### Kurzanalyse 4: Seßhaftigkeit und Funktionärsrekrutierung

Zumindest seit der Konsolidierung und der beginnenden organisatorischen Verfestigung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung mußten die Funktionäre in der Regel zu dem seßhafteren und meist verheirateten Teil der Bevölkerung zählen<sup>23</sup>, da wenigstens 'gehobenere' Funktionärsränge meist eine längere Vorschaltzeit lokaler organisatorischer Bewährung voraussetzten. Diese seßhafteren Funktionäre mußten demnach auch zu dem Kreis der 'gebundenen' Arbeiter mit nur eingeschränkter Mobilitätsbereitschaft gehören. Angesichts der hohen örtlichen Fluktuation auch der schon organisierten Arbeiter blieb die Arbeiterbewegung auf solche seßhafteren Funktionäre als Garanten der organisatorischen und personellen Kontinuität angewiesen. In der Frühzeit der Arbeiterbewegung und überhaupt in kleineren Partei- und Gewerkschaftsorganisationen erschienen das Vorhandensein bzw. die Seßhaftigkeit eines als 'notorischer Sozialdemokrat' ortsbekannten Funktionärs, wie es als stehender Terminus in den Polizeiakten immer wiederkehrte, oder auch mehrerer Funktionäre existenznotwendig, da mit dem Wegzug oder dem Ausfall die-

ser seßhaften Funktionäre die bestehenden Organisationen wieder eingingen. Diese Abhängigkeit nutzte auch das Sozialistengesetz, indem durch die Ausweisung der Arbeiterführer die Bewegung - ihres disponiblen Führungspersonals beraubt - entscheidend geschwächt werden sollte.

Wenn auch noch andere selektive Faktoren hier eine Rolle spielen, so spiegelt trotzdem die Wahlkreisbindung der Reichstagskandidaten deutlich die überragende Bedeutung der Seßhaftigkeit wider: auf der Basis einer fast vollständigen Datenerhebung stieg der Anteil derjenigen Kandidaten, die in ihrem Heimatwahlkreis kandidierten, von hohen 44.3 % (1898) auf 46.2 % (1912) an. Besonders die Gewerkschaften, deren Beamte einen umfangreichen Anteil an den Reichstagskandidaten besaßen, hatten aus ihren langjährigen Agitationserfahrungen gelernt, daß vor allem solche Funktionäre bzw. Beamte agitatorische Erfolge erzielten, die - mit Land und Leuten vertraut - entweder in dem entsprechenden Bezirk beheimatet waren oder doch zumindest längere Zeit dort gewohnt hatten. Wenn es irgend möglich war, berücksichtigten die meisten Gewerkschaftsverbände diese Erfahrungen bei der Auswahl ihrer Beamten. Die Seßhaftigkeit bzw. die statistisch operationalisierte Seßhaftigkeit (Kriterium: Geburtsort) der Agitationsbeamten ersparten die Überwindung der zusätzlichen Probleme des ortsfremden Wanderers.

Das Selektionsprinzip galt auch in abgeschwächter Form für die Parteiorganisation und erübrigt die Durchführung einer möglichen Mikroanalyse über die regionale Mobilität der Reichstagskandidaten. Die Ergebnisse eines Vergleichs zwischen Geburtsort, Wohnort zur Zeit der Wahl und Wahlkreis werden völlig entstellt durch die partielle Rückwanderung von Beamten bzw. Kandidaten der Arbeiterbewegung in ihren Geburtswahlkreis, so daß als Saldo der Wanderverrechnung Seßhaftigkeit erscheint, die frühere regionale Mobilität dagegen nicht sichtbar wird. Diese Rückwanderung wird vor allem bei der Einstellung von Gewerkschafts- und Parteibeamten in den ostdeutschen Gebieten transparent, wohin weit überwiegend solche Funktionäre berufen wurden, die dort geboren waren.

Die Gewerkschafts- und Parteibürokratie entstand und konzentrierte sich lange Zeit einseitig in den Großstädten. Die Einstellung als Arbeiterbeamter erforderte in der Regel die Aufgabe des bisherigen Wohnsitzes, falls dieser nicht schon innerhalb des künftigen groß-

städtischen Arbeitsortes lag. Zahlreiche auf diese Art mobile Arbeiterbeamte fanden ihre Einstellung in einer nahegelegenen "heimatlichen" Großstadt (insgesamt erhielten 39.1 % der Kandidaten eine Einstellung in ihrem heimatlichen Einzugsbereich), konnten aufgrund der räumlichen Nähe zu ihrem alten Wirkungsort ihre sozialen und politischen Bindungen aufrechterhalten, bewahrten dadurch gleichsam ihren Status als "Seßhafte", was ihnen die Nominierung zum Reichstagskandidaten im heimatlichen Wahlkreis erleichterte. Diese Verdichtung von beamtetem Führungspersonal in den Großstädten, dagegen der Mangel an geeignetem Führungspersonal in den kleineren Städten und auf dem Land, wo in vielen Wahlkreisen lange Zeit überhaupt keine Parteiorganisation bestand oder wo die fähigen Funktionäre abgewandert waren, erklären auch die "Großstadttlastigkeit" der Reichstagskandidaten, die bei allen vier untersuchten Wahlen zu mehr als drei Fünftel (vgl. Anhang: Tab. 6) in den Großstädten wohnten.

Von den 46 Agitationsbezirken der SPD im Jahre 1911/12 besaßen 28 ein großstädtisches Agitationsbezirkszentrum, welche ca. vier Fünftel aller Reichstagswahlkreise umfaßten<sup>24</sup>. Die wesentliche Bedeutung des großstädtischen Agitationszentrums bei der Kandidaten-selektion in den Wahlkreisen des Bezirks wird dadurch transparent.

#### Kurzanalyse 5: Die "ausgeübten" Berufe der Reichstagskandidaten am Beispiel der Genossenschaftsangestellten

Die sozialdemokratische Konsumgenossenschaftsbewegung wurde durch eine ihr eigentümliche Ambivalenz geprägt: einerseits wurde sie von ihren sozialdemokratisch orientierten Trägern als integraler Sektor der Arbeiterbewegung verstanden und ihr eine eigene Funktion im politischen Kampf der Arbeiterklasse zugewiesen (eine Funktion, die allerdings äußerst umstritten blieb); andererseits waren die Konsumvereine als genossenschaftlich geführte Unternehmen in das vorhandene kapitalistische Wirtschaftssystem eingebunden und dadurch den herrschenden allgemeinen Markt- und Produktionsbedingungen unterworfen. Die Zahl der sozialdemokratisch geleiteten Konsumvereine wuchs rasch an; während vor der Jahrhundertwende bevorzugt versucht wurde, schon bestehende (klein-) bürgerliche Konsumgenossenschaften sozialdemokratisch zu "unterwandern" und sie

baldigst "umzufunktionieren", mehrten sich später die von sozialdemokratischen Konsumenten veranlaßten Neugründungen entsprechender Konsumvereine.

Die politische Intention blieb bis zur Spaltung der deutschen Genossenschaftsbewegung und der Gründung des Zentralverbands Deutscher Konsumvereine (1903) und auch noch Jahre danach für das Engagement von Sozialdemokraten in der Konsumvereinsbewegung wesentlich und bestimmte sowohl die Wahl der ehren- oder nebenamtlichen Geschäftsführer als auch die Selektion der besoldeten Geschäftsführer und des Verkaufspersonals. Die Auswahl der Funktionäre und der Angestellten nach primär kaufmännischen Gesichtspunkten rückte vorerst in den Hintergrund. Besonders die Positionen der angestellten Geschäftsführung setzten eigentlich ein Mindestmaß an kaufmännischen Kenntnissen - wie die Handhabung der geschäftlichen Korrespondenz, der Buchhaltung, des Wareneinkaufs usw. - voraus. Brachten auch viele sozialdemokratische Konsumbeamte aufgrund ihrer gewerkschaftlichen und parteipolitischen Tätigkeit ausreichend Organisationserfahrungen mit, so mußten sie sich solche kaufmännischen Kenntnisse erst nach ihrer Einstellung aneignen, da sie überwiegend aus nichtkaufmännischen, meist handwerklichen Berufen stammten. Immerhin konnten durchschnittlich ein Drittel der Genossenschaftsbeamten schon vor ihrer Einstellung als selbständige Gewerbetreibende mit der Führung von Geschäften einige Erfahrungen erwerben; nicht selten wurde auch ein schon bestehendes Kleinhandelsgeschäft, das von einem Parteigenossen betrieben wurde, in ein Konsumgenossenschaftsgeschäft umgewandelt.

Der dadurch eingeleitete Lernprozeß war sicherlich als praktizierte Emanzipation zu begrüßen; das "heute so überraschende Phänomen, daß jemand direkt aus einem anderen Berufe heraus mit seinem Konsumverein aufsteigt und in wenigen Jahren Generalleiter eines Riesenunternehmens wird"<sup>25</sup>, blieb aber stets mit erheblichem geschäftlichen Risiko verbunden. Schwierigkeiten ergaben sich zunächst für die zahlreichen neben- oder ehrenamtlichen Geschäftsführer, die solche kleinen Konsumvereine leiteten, die sich die Anstellung eines hauptamtlichen Geschäftsführers nicht leisten konnten: so geriet z.B. der Schreiner Gustav Kittler, Gemeinderat in Heilbronn und langjähriger Reichstagskandidat des dritten württembergischen Wahlkreises, in Verdacht, als nebenamtlicher Geschäftsführer Unterschlagungen begangen zu haben, da die Bilanz



des Konsumvereins ein beträchtliches Manko aufwies; erst langwierige Gerichtsverhandlungen konnten immerhin erweisen, daß das Manko nicht auf Unterschlagung, sondern vor allem auf mangelhafte Buchführungskenntnisse zurückzuführen war<sup>26</sup>. Die politische Akzentuierung der Konsumbeamten korrespondierte durchaus mit den Vorstellungen der sozialdemokratischen Genossenschaftsmitglieder, kollidierte aber mit den kommerziellen Ansprüchen der Konsumenten, nämlich nicht nur die Waren kostengünstiger einkaufen zu können, sondern zusätzlich noch von einem herauszuwirtschaftenden Kapitalprofit eine Dividendenzuteilung zu kassieren. Diese weitverbreitete "Dividendenseuche" der Genossenschaftsmitglieder, die viele Konsumvereine in "Dividendenquetschen" verwandelte, verursachte den Zusammenbruch zahlreicher Konsumvereine; auch der spektakuläre Konkurs des sozialdemokratisch geleiteten Großkonsumvereins Leipzig-Connewitz (1903/04) läßt sich vornehmlich auf übersteigerte Rückvergütungserwartungen zurückführen. Die Doppelbelastung des Konsumbeamten, der sowohl politische als auch kommerzielle Erwartungen erfüllen mußte, war auf die Dauer nur schwer zu ertragen; die Mißwirtschaft in nicht wenigen Konsumvereinen veranschaulicht auch die Überforderung des politisch ambitionierten Konsumbeamten. Die Bedeutung der Konsumvereinsbewegung als Betätigungsfeld und als "Versorgungsinstitution" sozialdemokratischer Funktionäre wird sichtbar, wenn die Zahl der Angestellten des Zentralverbands Deutscher Konsumvereine mit der der übrigen Arbeiterbewegung verglichen wird: 1912 beschäftigten die Konsumvereine schon mehr als die doppelte Zahl von Angestellten. Die hohe Zahl von in Konsumvereinen beschäftigten sozialdemokratischen Funktionären fand jedoch unter den geschilderten Umständen keine quantitative Entsprechung bei der Nominierung von Reichstagskandidaten: ihr Anteil an den Kandidaten hielt sich durchgehend auf etwa 5 %, in die Reichstagsfraktion gelangten während des gesamten Untersuchungszeitraums nur 3 Genossenschaftsbeamte.

Vergleichbar mit den selbständigen Kandidaten, blieben die Konsumangestellten als Funktionäre der mittleren und der oberen Parteiebene Ausnahmeerscheinungen, stellten dagegen zahlreiche örtliche Parteiführer; sie kandidierten überwiegend in Wahlkreisen mit weniger als 30 %-Stimmenanteil. Die wenigen aussichtsreichen Kandidaturen der Genossenschaftsangestellten behaupteten nur langjähri-

ge Kandidaten, die meist schon vor ihrer Anstellung in den Genossenschaften nominiert worden waren. Die agitatorischen Möglichkeiten waren aufgrund der kaufmännischen Tätigkeit beschränkt, die Erhebungen des Lagerhalterverbandes wiesen zudem weitgehend überlange Arbeitszeiten nach: mit einer Ausnahme übernahm kein einziger eine Mehrfachkandidatur, die Bindungen an den Wahlkreis waren überdurchschnittlich hoch. Regionale Schwerpunkte lagen in den Agitationsbezirken Pommern (Zentrum: Stettin) und Westfalen (Zentrum: Bielefeld), dort kandidierten bei jeder Wahl zusammen mehr als ein Drittel aller Konsum- und Genossenschaftsbeamten. Unter Einbezug der Angestellten von Berufsgenossenschaften hatten bis 1914 von allen Reichstagskandidaten immerhin 9,8 % (=66) irgendwann die Stelle eines Genossenschaftsbeamten inne.

Um den Stellenwert der Genossenschaftsbeamten innerhalb der Arbeiterbewegung deutlich zu machen, sind einige Anmerkungen zur sogenannten "Bürokratisierung" der Arbeiterbewegung und zum Anteil der "Arbeiterbeamten" an den Reichstagskandidaten notwendig. Unter der Bezeichnung "Arbeiterbeamte" werden in der Darstellung - im Sinne des historischen Sprachgebrauchs - alle Berufe subsumiert, bei denen einer der drei Sektoren der Arbeiterbewegung - Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft - unmittelbar oder wie bei den Krankenkassen nur mittelbar als Arbeitgeber fungieren. Der Anteil dieser Arbeiterbeamten an der Reichstagsfraktion blieb bis 1912 wesentlich höher als der an den nichtgewählten Reichstagskandidaten: dieser stieg von 66.1 % (1898) auf 81.8 % (1912). Bei den Nichtgewählten steigerte sich der relative Anteil von nur 46.3 % (1898) auf schließlich 85.2 % (1912) und übertraf damit den Fraktionsanteil (vgl. Anhang: Tab. 7). Berücksichtigt man die mittelbare Abhängigkeit fast aller zumindest gewerberechtlich selbständiger Kandidaten von der Partei, dann gab es 1912 kaum noch Kandidaten, die beruflich von der Arbeiterbewegung unabhängig waren. Legt allein der analoge Sprachgebrauch der Arbeiterorganisationen einen Vergleich mit der staatlichen Bürokratie nahe, so waren diese Arbeiterorganisationen im Untersuchungszeitraum weit davon entfernt, die Weberschen Bürokratiekriterien in vielen Punkten auch nur annähernd zu erfüllen.

Die Analyse der Positionssequenzen (vgl. Anhang: Tab. 8 und 9 und Schaubild 2 und 3) erweist die tendenziell isolierte Stellung der

Genossenschaftsbewegung innerhalb der Arbeiterbewegung: fast drei Viertel aller Genossenschaftsbeamten übt ausschließlich (bis 1914) in diesem einen Sektor und nur an einem einzigen Arbeitsort eine hauptberufliche Tätigkeit aus, Wechsel in andere Sektoren erfolgen meist am selben Arbeitsort. Allerdings lassen sich weder umfangreichere Fluktuationen innerhalb der Genossenschaftsbewegung (z.B. Wechsel vom Lagerhalter zum Geschäftsführer) noch mit anderen Sektoren feststellen. Dementsprechend kann für den Genossenschaftsbeamten keine externe Position ausgemacht werden, die man als ausgesprochene Zielposition kennzeichnen kann; umgekehrt scheint die Genossenschaftsposition nicht viel Anziehungskraft für andere Arbeiterbeamte besessen zu haben mit vielleicht der einzigen Ausnahme des ortsgebundenen Wechsels vom Parteiredakteur/Berichterstatteur zum Genossenschaftsbeamten. Eine starke sektorale Verflechtung in Bezug auf den intersektoralen Wechsel von Arbeiterbeamten ist unter den Genossenschaftsbeamten offensichtlich noch weniger ausgeprägt als unter den Beamten der Partei und der Gewerkschaften.

Tabelle 1: Schulbildung der Reichstagskandidaten

Volksschule	226	33.5 %
Volksschule und Fortbildungssch.	28	4.2 %
Bürgerschule	24	3.6 %
Lateinschule	4	0.4 %
Gymnasium	12	1.8 %
Universität und Lehrerseminar	62	9.2 %
Unbekannt	318	47.3 %
Total	673	100.0 %

Tabelle 2: Schulbildung der Reichstagskandidaten nach Wahljahr

	1898	1903	1907	1912
Volksschule	97 34.6 %	126 39.3 %	133 39.6 %	152 41.5 %
Volksschule und Fortbildungssch.	11 3.9 %	15 4.7 %	19 5.7 %	24 6.6 %
Bürgerschule	14 5.0 %	17 5.3 %	18 5.4 %	18 4.9 %
Lateinschule	3 1.1 %	2 0.6 %	2 0.6 %	3 0.8 %
Gymnasium	6 2.1 %	9 2.1 %	8 2.4 %	6 1.6 %
Universität und Lehrerseminar	33 11.8 %	30 9.3 %	35 10.4 %	39 10.7 %
Unbekannt	116 41.4 %	122 38.0 %	121 36.0 %	124 33.9 %
Total	280 100.0 %	321 100.0 %	336 100.0 %	366 100.0 %

Tabelle 3: Berufe der Väter der Reichstagskandidaten  
(Soziale Herkunft)

Ungelernte Arbeiter	41	6.1 %
Gelernte Arbeiter	60	8.9 %
Selbständige/Ange- stellte/Beamte	70	10.4 %
Bürgerliche Berufe	31	4.6 %
Landwirte	16	2.4 %
Unbekannt	455	67.7 %
Total	673	100.0 %

Tabelle 4: Verteilung der "erlernten" Berufe der Reichs-  
tagskandidaten nach ausgewählten Industrie-  
zweigen und nach Wahljahr

	1898	1903	1907	1912
Baugewerbe	13 4.6%	31 9.7%	29 8.6%	45 12.3%
Metallind.	37 13.2%	42 13.1%	55 16.4%	59 16.1%
Textilind.	8 2.9%	9 2.8%	9 2.7%	6 1.6%
Handel u. Transport	11 3.9%	14 4.4%	16 4.8%	18 4.9%
Bergbau	1 0.4%	4 1.2%	7 2.1%	5 1.4%
Bekleid.ind. u. Led.arb.	38 13.6%	35 10.9%	39 11.6%	41 11.2%
Holzind.	50 17.9%	59 18.4%	55 16.4%	61 16.7%
Nahrung u. Genuß	25 8.9%	24 7.5%	23 6.8%	23 6.3%
Steine u. Erden	4 1.4%	4 1.2%	7 2.1%	6 1.6%
Polygraph. Gewerbe	30 10.7%	30 9.3%	27 8.0%	27 7.4%

Tabelle 5: Verteilung der "erlernten" Berufe der Reichs-  
tagskandidaten nach Einzelgewerkschaften

01. Asphalteure	0	0 %
02. Bäcker und Konditoren	5	0.7 %
03. Bauarbeiter	40	5.9 %
04. Bergarbeiter	16	2.4 %
05. Bildhauer	10	1.5 %
06. Blumenarbeiter	0	0 %
07. Böttcher	1	0.1 %
08. Brauerei und Mühl.arb.	9	1.3 %
09. Buchbinder	10	1.5 %
10. Buchdrucker	46	6.8 %
11. Buchdruck.hilfsarb.	0	0 %
12. Büroangestellte	4	0.6 %
13. Dachdecker	1	0.1 %
14. Fabrikarbeiter	10	1.5 %
15. Fleischer	2	0.3 %
16. Friseure	2	0.3 %
17. Gärtner	2	0.3 %
18. Gastwirtsgehilfen	1	0.1 %
19. Gemeindearbeiter	0	0 %
20. Glasarbeiter	5	0.7 %
21. Glaser	0	0 %
22. Handlungsgehilfen	20	3.0 %
23. Holzarbeiter	98	14.5 %
24. Hutmacher	1	0.1 %
25. Kupferschmiede	0	0 %
26. Kürschner	0	0 %
27. Lederarb. u. Handsch.m.	5	0.7 %
28. Lithographen	8	1.2 %
29. Maler	15	2.2 %
30. Maschinisten	0	0 %
31. Metallarbeiter	101	15.0 %
32. Notenstecher	0	0 %
33. Porzellanarbeiter	2	0.3 %
34. Sattler u. Portefeuell.	9	1.3 %
35. Schiffszimmerer	0	0 %
36. Schneider	23	3.4 %
37. Schuhmacher	48	7.1 %
38. Steinarbeiter	1	0.1 %
39. Steinsetzer	0	0 %
40. Tabakarbeiter	30	4.5 %
41. Tapezierer	7	1.0 %
42. Textilarbeiter	20	3.0 %
43. Töpfer	4	0.6 %
44. Transportarbeiter	13	1.9 %
45. Xylographen	0	0 %
46. Zimmerer	12	1.8 %
47. Zivilmusiker	1	0.1 %
48. Landarbeiter	4	0.6 %
49. Bürgerliche Berufe	62	9.2 %
50. Unbekannt	24	3.9 %
	673	100.0 %

Tabelle 6: Reichstagskandidaten mit großstädtischem  
Wohnsitz nach Wahljahr

	Zahl der Kandidaturen	Kandidatur. mit großst. Kandidaten	Rel. Anteil der großst. Kandidaten
1898	395	266	67.3 %
1903	395	242	61.3 %
1907	397	244	61.5 %
1912	397	251	63.2 %
1898-1912	1584	1003	63.3 %

Tabelle 7: Ausgeübte Berufe der Reichstagskandidaten nach  
Berufskategorie und nach Wahljahr

BERUFS- KATEGORIE	WAHL 1898	WAHL 1903	WAHL 1907	WAHL 1912
Unbekannt	2 0.7%	2 0.6%	0 0.0%	0 0.0%
Ungelernter Arbeiter	2 0.7%	3 0.9%	0 0.0%	0 0.0%
Gelernter Arbeiter	26 9.3%	31 9.7%	16 4.7%	6 1.6%
Selbständige	91 32.5%	72 22.4%	57 16.9%	35 9.6%
Bürgerliche Berufe	10 3.6%	10 3.1%	14 4.2%	15 4.1%
Arbeiterbeamte	148 52.9%	203 63.2%	249 73.9%	310 84.7%
Landwirte	1 0.4%	0 0.0%	0 0.0%	0 0.0%
Total	280 100.0%	321 100.0%	336 100.0%	366 100.0%
davon Genoss.- angestellte	7 2.5%	18 5.6%	17 5.1%	17 4.5%

Tabelle 8: Tableau der Sequenzpositionen in der Karriere von Gewerkschaftsangestellten (vgl. Erläuterungen nach Schaubild 3)

SEQUENZ- POSITIONEN	GRUND- GESAMT.	WAHL 1898	WAHL 1903	WAHL 1907	WAHL 1912
1	86=67.2%	8=61.5%	27=75.0%	35=68.6%	59=64.1%
10709	1	1	0	0	0
12	6	0	2	2	5
123	1	0	0	0	1
13	7	3	2	3	2
1313	1	0	0	0	1
1351	1	0	1	1	1
138	1	0	0	0	1
14	14	0	2	3	13
15	3	0	1	1	3
156	1	0	0	1	0
16	1	0	0	0	1
17534	1	0	0	1	1
1794	1	0	0	1	1
18	1	1	1	1	1
19	1	0	0	1	1
195	1	0	1	1	1
	128	13	36	51	92

Tabelle 9: Tableau der Sequenzpositionen in der Karriere von Genossenschaftsangestellten (vgl. Erläuterungen nach Schaubild 3)

SEQUENZ- POSITIONEN	GRUND- GESAMT.	WAHL 1898	WAHL 1903	WAHL 1907	WAHL 1912
8	31=72.1%	11=73.3%	15=71.4%	17=77.3%	14=66.6%
813	1	0	1	0	0
83	1	1	0	1	1
84	3	0	2	1	2
84531	1	0	0	1	0
85	2	1	1	1	2
85912	1	0	0	0	1
8606	1	0	1	0	0
87	1	1	1	1	1
89	1	1	0	0	0
	43	15	21	22	21



Schaubild Nr. 1: Altersschichtung in Gewerkschaft und Partei

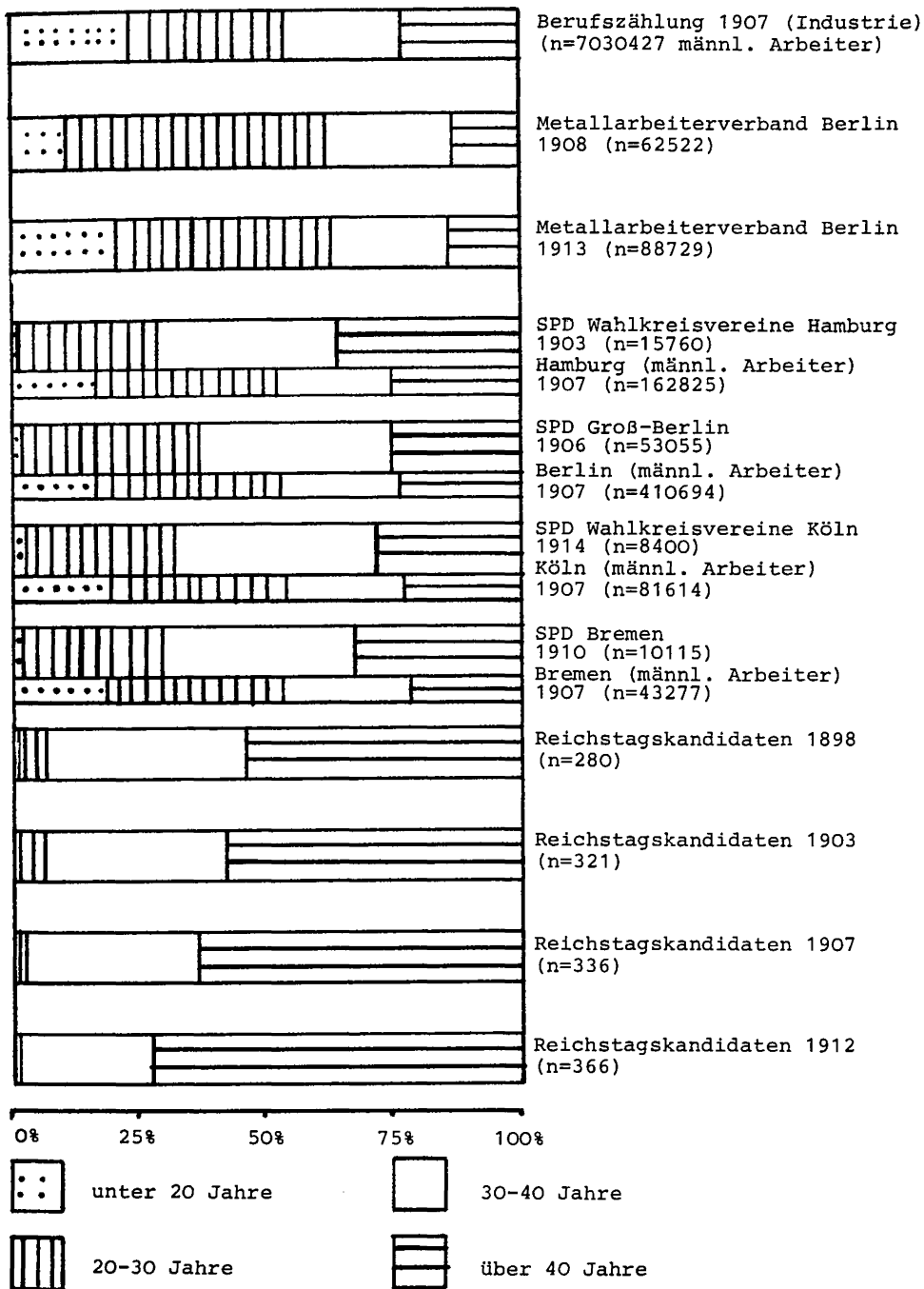
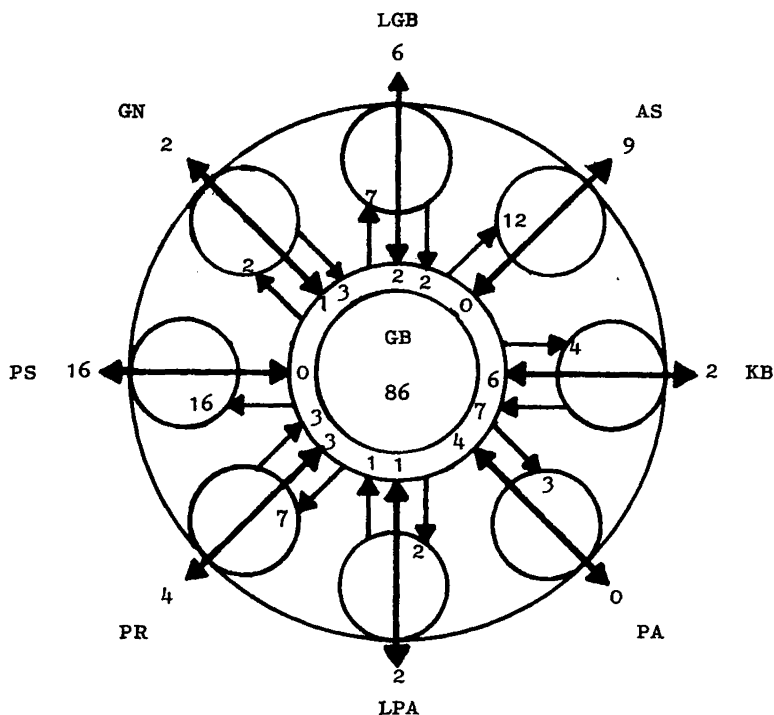


Schaubild 2: Positionssequenzen und externe Zielpositionen von Gewerkschaftsangeestellten (vgl. Erläuterungen nach Schaubild 3)

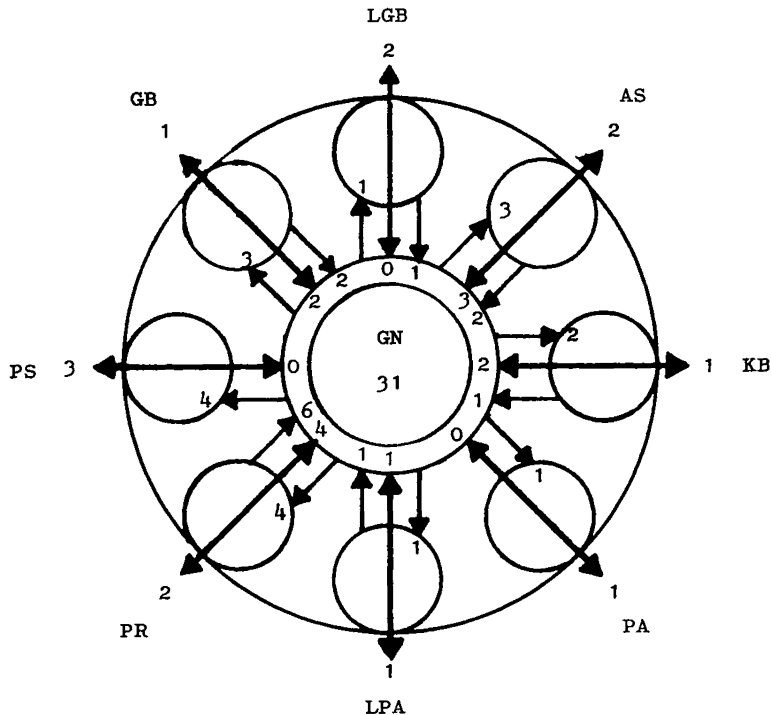


#### Lese-Beispiel:

Sechzehn Gewerkschaftsangeestellte weisen als Zielposition (=letzte Sequenzposition) die Position eines Parteisekretärs auf, umgekehrt weist nicht ein einziger Parteisekretär als Zielposition die Position eines Gewerkschaftsangeestellten auf.

Ebenfalls sechzehn Gewerkschaftsangeestellte haben im Laufe ihrer Karriere die Position eines Parteisekretärs eingenommen (damit identisch mit der Zahl der Zielpositionen), umgekehrt hat nie ein Parteisekretär nach seiner Einstellung später die Position eines Gewerkschaftsangeestellten eingenommen.

Schaubild 3: Positionssequenzen und externe Zielpositionen von Genossenschaftsangestellten (vgl. Erläuterungen nach Schaubild 3)



#### Lese-Beispiel:

Zwei Genossenschaftsangestellte weisen als Zielposition (=letzte Sequenzposition) die Position des Krankenkassenangestellten auf, umgekehrt weisen sechs Krankenkassenbeamte als Zielposition die Position Genossenschaftsangestellter auf.

Vier Genossenschaftsangestellte haben im Laufe ihrer Karriere die Position eines Krankenkassenangestellten inne, umgekehrt haben sieben Krankenkassenangestellte im Laufe ihrer Karriere die Position eines Genossenschaftsangestellten inne.

Erläuterungen zu den Tabellen 8 und 9  
sowie zu den Schaubildern 2 und 3

A. Positionssiglen

Abkür- zung	Code	Bedeutung
KA	0	Kein Arbeiterbeamter
GB	1	Gewerkschaftsbeamter (Lokal- und Regionalebene)
LGB	2	Gewerkschaftsbeamter (Leitungsfunktionen)
AS	3	Arbeitersekretär, Gewerkschaftssekretär
PS	4	Parteisekretär
PR	5	Parteiredakteur, Schriftsteller, Berichterstatter
LPA	6	Parteiangeestellter (Leitungsfunktionen)
PA	7	Parteiangeestellter (ohne Leitungsfunktionen)
GN	8	Genossenschaftsbeamter
KB	9	Krankenkassenbeamter

Beispiel: Sequenzposition "123" beschreibt den Karriereverlauf eines Arbeiterbeamten, der erst als GB ("1"), dann als LGB ("2") und schließlich als AS ("3") tätig ist.

B. Sequenzvektoren/-kreise/ -zahlen



Vektor der externen Zielpositionen

Außere Zahl: Externe Zielposition von Genossenschafts- bzw. Gewerkschaftsangestellten

Innere Zahl: Externe Zielposition "Genossenschaftsangestellter" bzw. "Gewerkschaftsangestellter" für Angestellte anderer Positionen



Vektor der Positionssequenz

Zahlenang. : Folgeposition innerhalb der (multipositionalen) Karrieresequenz

Zahlenangabe

Innenkreis : Exklusive Träger der Grundposition ohne Karriere-  
resequenz (nur Genossenschaftsangestellter bzw.  
nur Gewerkschaftsangestellter)

## Anmerkungen

- 1 Die Konzeption des Vortrags auf dem Deutschen Historikertag in Mannheim 1976 wurde im folgenden Beitrag weitgehend beibehalten, hinzugefügt wurden vor allem konkrete Ergebnisse der Untersuchung über die Reichstagskandidaten, die die allgemeinen Bemerkungen veranschaulichen und die in der Form eines mündlichen Vortrags nicht zu vermitteln waren.
- 2 Michels, Robert, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, 1. Aufl., Leipzig 1911, Neudruck der 2. Aufl.: Stuttgart 1957; ders., Die deutsche Sozialdemokratie, Parteimitgliedschaft und soziale Zusammensetzung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 23 (1906), S. 471 ff. - Für eine zusammenfassende Darstellung und Kritik an den Michelschen Ansätzen im Kontext seines Gesamtwerkes siehe u.a. Pfetsch, Frank, Robert Michels als Elitentheoretiker, in: PVS, 7 (1966), S. 208 ff.; Ebbighausen, Rolf, Die Krise der Parteiendemokratie und die Parteiensoziologie, Eine Studie über Moisei Ostrogorski, Robert Michels und die neue Entwicklung der Parteienforschung, Berlin 1969; Röhrich, Wilfried, Robert Michels, Vom sozialistisch-syndikalistischen zum faschistischen Credo, Berlin 1972.
- 3 Vgl. dazu das Nachwort von Werner Conze zum Neudruck der 2. Auflage von Michels "Soziologie des Parteiwesens".
- 4 Zu nennen sind vor allem die frühen und verdienstvollen Versuche von Gesamtanalysen bei: Bronder, Dietrich, Organisation und Führung der sozialistischen Arbeiterbewegung im Deutschen Reich 1890-1914, Diss. Göttingen 1952; Siemann, Joachim, Der sozialdemokratische Arbeiterführer in der Zeit der Weimarer Republik, Diss. Göttingen 1956. - Die Brauchbarkeit beider Dissertationen leidet vor allem unter Mängeln wie Auswahl, Dichte und Verlässlichkeit der biographischen Informationen und in der nur eingeschränkten statistischen Verwertung der erhobenen Daten.
- 5 Vgl. dazu die erste Zusammenfassung wichtiger Teilergebnisse: Schröder, Wilhelm H., Die Sozialstruktur der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten 1898-1912, in: Herkunft und Mandat, Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung, Frankfurt a.M./Köln 1976, S. 72 ff.
- 6 Diese einleitende Untersuchung ist abgeschlossen: Schröder, Wilhelm H., Latente Determinanten der Sozialstruktur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Deutschen Kaiserreich 1871-1918, Frankfurt a.M. 1977.
- 7 Die "Eliten"-Literatur ist inzwischen zahllos; eine komprimierte Übersicht über Ansätze und Literaturstandpunkte innerhalb der empirischen Elitenforschung findet sich u.a. bei: Witjes, Cl. Winfried, Gewerkschaftliche Führungsgruppen, Eine empirische Untersuchung zum Sozialprofil, zur Selektion und Zirkulation sowie zur Machtstellung westdeutscher Gewerkschaftsgruppen, Berlin 1976.

- 8 Zapf, Wolfgang, Wandlungen der deutschen Elite, München 1965, S. 207.
- 9 Bebel in seinem Referat auf dem Parteitag in Hamburg 1897 (Protokoll, S. 123); zur Bedeutung der Reichstagswahlen vgl. u.a.: Steinberg, Hans-Josef, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie, Hannover 1967, S. 60 ff.
- 10 Neben verschiedenen biographischen Sammelwerken und Hinweisen in der vorhandenen wissenschaftlichen Literatur wurden ausgewertet: Zeitschriften, Hand- und Jahrbücher, Protokolle, Kalender, Almanache etc. der Arbeiterpresse, der Konsumgenossenschaften und der Krankenkassen sowie Recherchen in zahlreichen deutschen Staats- und Stadtarchiven, Standes- und Ordnungsämtern und Anfragen bei Privatpersonen bzw. bei feststellbaren Nachkommen der Reichstagskandidaten.
- 11 Zu den verschiedenen Anforderungen der gängigen Analysenpakete siehe die inzwischen leider etwas veraltete Darstellung bei: Allerbeck, Klaus, Datenverarbeitung in der empirischen Sozialforschung, Stuttgart 1972.
- 12 Vgl. beispielsweise Einleitung und Anthologie bei: Emmerich, Wolfgang (Hg.), Proletarische Lebensläufe, Autobiographische Dokumente zur Entstehung der Zweiten Kultur in Deutschland, 2 Bde., Reinbek 1974 und 1975.
- 13 Holek, Wenzel, Lebensgang eines deutsch-tschechischen Handarbeiters, hrsg. von Paul Göhre, Leipzig/Jena 1909; ders., Vom Handarbeiter zum Jugenderzieher, hrsg. von Theodor Greyerz, Jena 1921.
- 14 Vgl. u.a. Daheim, Hansjürgen, Der Beruf in der modernen Gesellschaft, Versuch einer soziologischen Theorie des beruflichen Handelns, 2. Aufl., Köln/Berlin 1970.
- 15 Operational definiert als derjenige Beruf, den der jeweilige Kandidat unmittelbar nach seiner Schulausbildung hauptberuflich eine Mindestzeit lang ausgeübt hat.
- 16 Vgl. u.a. Hummell, Hans J., Probleme der Mehrebenenanalyse, Stuttgart 1972.
- 17 Ritter, Gerhard A., Tenfelde, Klaus, Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften zur Massenbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, in: Vetter, Heinz Oskar (Hg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung, Köln 1975, S. 115-119.
- 18 Die Einrichtung einer solchen Datenbank wird zur Zeit an der Universität Bremen vorbereitet, vgl. dazu meinen Beitrag im nächsten Band von "Theorie und Geschichte. Jahrbuch 5": Informations- und Dokumentationsprobleme auf dem Gebiete der Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte, Konzeptualisierung der Projekte "Biographisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" und "Datenbank Arbeitergeschichte/ Arbeiterbewegungsgeschichte (DABAG)".

- 19 Vgl. als Anwendungsbeispiel die Positionssequenzanalyse der Genossenschaftsangestellten unten.
- 20 Die Begründungszusammenhänge der Analyse, insbesondere die Vermittlung zwischen Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte, können hier nicht dargestellt werden, sie finden sich in: Schröder, Wilhelm H., Determinanten, passim.
- 21 Bei dem Zusammenschluß am 1.11.1911 stellte der Bauhilfsarbeiterverband ein Viertel des neugegründeten "Deutschen Bauarbeiterverbands".
- 22 Diese Aufzählung nimmt unmittelbar Bezug auf die historische Industrie- und Arbeitsanalyse der einleitenden Studie des Gesamtprojekts.
- 23 Ähnliches stellt auch Crew, David, Regionale Mobilität und Arbeiterklasse. Das Beispiel Bochum 1880-1901, in: GuG, 1 (1975), S. 120 für die Rekrutierung der Bochumer Parteifunktionäre fest.
- 24 Die Festlegung der Wahlkreise als "großstädtisch" erfolgte nach dem Stand von 1907 (42 Großstädte); auch andere Agitationsbezirkszentren waren in der Regel zumindest Mittelstädte, ein ländliches Zentrum gab es erwartungsgemäß nicht; zur Einteilung der Wahlkreise nach Agitationsbezirken und Zuordnung der einzelnen Wahlkreisorganisationen für 1911/1912 siehe: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD in Chemnitz 1912, S. 65-89.
- 25 Staudinger, Franz, Die Konsumgenossenschaft, Leipzig 1908, S. 84.
- 26 Vgl. u.a. den Bericht im "Vorwärts" vom 23.1.1900.